

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[C - 33098]

F. 96 — 2403

25 JUIN 1996. — Décret portant assentiment à l'accord de coopération relatif à la prise en charge des frais de placement et d'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article unique. L'accord de coopération relatif à la prise en charge des frais de placement et d'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées, conclu le 10 avril 1995 par la Région wallonne et la Communauté germanophone, est approuvé.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
Eupen, le 25 juin 1996.

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, de la Santé publique, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport, du Tourisme,
des Relations internationales et des Monuments et Sites,

J. MARAITE

Le Ministre des Médias, de la Formation des Adultes,
de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,
K.-H. LAMBERTZ

Session 1995-1996 :

Documents du Conseil :

47 (1995-1996) N° 1. Projet de décret.

47 (1995-1996) N° 2. Rapport.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 25 juin 1996.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[C - 33098]

N. 96 — 2403

25 JUNI 1996. — Decreet houdende goedkeuring van het samenwerkingsakkoord betreffende de tenlasteneming van de kosten van de opname en van de sociale en professionele integratie van personen met een handicap (1)

Enig artikel. Het samenwerkingsakkoord betreffende de tenlasteneming van de kosten van de opname en van de sociale en professionele integratie van personen met een handicap, gesloten op 10 april 1995 door het Waalse Gewest en de Duitstalige Gemeenschap, wordt goedgekeurd.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.
Eupen, op 25 juni 1996.

De Minister-President,
Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,
Internationale Betrekkingen, en Monumenten en Landschappen,

J. MARAITE

De Minister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,
K.-H. LAMBERTZ

Zitting 1995-1996 :

Bescheiden van de Raad :

47 (1995-1996) Nr. 1. Voorstel van decreet.

47 (1995-1996) Nr. 2. Verslag.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 25 juni 1996.

**Kooperationsabkommen zwischen der Wallonischen Region
und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Übernahme der Kosten
für die Unterbringung und die soziale und berufliche Integration von Personen mit Behinderung**

Aufgrund der Artikel 128 Nr. 1 und 138 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über die institutionellen Reformen, so wie es abgeändert wurde, insbesondere der Artikel 5 § 1 II. Nr. 4 und 92bis;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, so wie es abgeändert wurde, insbesondere der Artikel 4 § 2 und 55bis;

Aufgrund des Dekretes II vom 22. Juli 1993 zur Ausübung gewisser Befugnisse der Französischen Gemeinschaft durch die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission;

In Erwägung, daß die Behindertenpolitik in den Befugnisbereich verschiedener Behörden fällt, die aufgrund ihrer Befugnisse Normen verabschieden und in freier Entscheidung ihre Beteiligungsmodalitäten festlegen können;

In Erwägung, daß es im eigenen Interesse der Personen mit Behinderung jedoch angebracht ist, ihnen die angemessensten Hilfen zuzusichern und ihnen die freie begründete und gerechtfertigte Wahl zu lassen;

In Erwägung, daß Personen mit Behinderung einer Vertragspartei derzeit die Hilfe von Diensten oder Einrichtungen in Anspruch nehmen, die sich auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei befinden;

— Die Wallonische Region, vertreten durch ihre Regierung in der Person ihres Minister-Präsidenten und ihres Ministers, zuständig für die Behindertenpolitik;

— Die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Minister-Präsidenten und den Minister, zuständig für die Behindertenpolitik;

haben folgendes vereinbart;

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Jede Vertragspartei verpflichtet sich, den Personen mit Behinderung die freie begründete und gerechtfertigte Wahl in bezug auf die Einrichtungen und Dienste zu lassen, die befugt sind, ihnen Hilfe zu gewähren.

Art. 2 - Jede Vertragspartei oder die von ihr bevollmächtigte Institution ist befugt, über die Anträge auf Beteiligung zu befinden und unter Wahrung der in Artikel 1 erwähnten freien Wahl die geeignetste Art der Beteiligung festzulegen.

Art. 3 - Für die Anwendung des vorliegenden Kooperationsabkommens versteht man unter:

1. *Vertragsparteien*: die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft;

2. *Hilfen*: jegliche Hilfe oder Unterstützung, die von der einen oder anderen Vertragspartei im Rahmen ihrer Befugnisse in Sachen Behindertenpolitik gewährt wird;

3. *Kollektive Hilfen*: von der einen oder anderen Vertragspartei gewährte Hilfen zugunsten von Diensten, Zentren oder anerkannten Einrichtungen im Bereich der Ausstattung und der Infrastruktur, mit Ausnahme der Hilfen im Rahmen einer Unterbringung, so wie sie unter 5. definiert ist;

4. *Individuelle Hilfen*: individuell gewährte Hilfen zugunsten von Personen mit Behinderung, mit Ausnahme der Hilfen im Rahmen einer Aufnahme und einer Unterbringung.

Gemeint sind ebenfalls

— die zusätzlichen Vergütungen und die Fahrtkosten der Personen mit Behinderung im Rahmen der Berufsausbildung in einem Berufsausbildungszentrum;

— die Beteiligung an den Lohnkosten der Personen mit Behinderung, die in einem öffentlichen oder privaten Unternehmen beschäftigt sind;

— die im Rahmen einer Lehre in einem Betrieb gezahlte Zulage sowie die entsprechenden Fahrtkosten.

5. *Hilfen im Rahmen einer Unterbringung*: von der einen oder anderen Vertragspartei gewährte Hilfen zugunsten von Diensten, Zentren oder anerkannten Einrichtungen zwecks Aufnahme oder Unterbringung, Beschäftigung an geschützten Arbeitsplätzen oder Berufsausbildung von Personen mit Behinderung ebenso wie individuell gewährte Hilfen zugunsten von Personen mit Behinderung im Rahmen einer Aufnahme oder Unterbringung.

Die im Rahmen einer Aufnahme oder einer Unterbringung gewährten Hilfen umfassen nicht die von den Personen mit Behinderung geleistete Eigenbeteiligung. Diese Eigenbeteiligung wird gemäß der auf das Zentrum, den Dienst oder die Einrichtung zur Aufnahme oder Unterbringung anwendbaren Regelung festgelegt.

6. *Hilfen im Rahmen der Frühhilfe und der Begleitung*: die von einem Frühhilfedienst oder einem Begleitdienst gewährten Hilfen.

Diese Hilfen umfassen nicht die von den Personen mit Behinderung geleistete Eigenbeteiligung.

Diese Eigenbeteiligung wird gemäß der auf den Frühhilfedienst und den Begleitdienst anwendbare Regelung festgelegt.

KAPITEL II. — Übernahme der Hilfen

Abschnitt I. — Individuelle Hilfen

Art. 4 - Jede Vertragspartei übernimmt die individuellen Hilfen gemäß folgenden Prinzipien:

— was die Wallonische Region betrifft, aufgrund der auf das französischsprachige Gebiet anwendbaren Gesetzgebung;

— was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgrund der auf das deutschsprachige Gebiet anwendbaren Gesetzgebung.

Abschnitt II. — Kollektive Hilfen

Art. 5 - Jede Vertragspartei übernimmt die kollektiven Hilfen gemäß folgenden Prinzipien:

— was die Wallonische Region betrifft, aufgrund der auf das französischsprachige Gebiet anwendbaren Gesetzgebung;

— was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgrund der auf das deutschsprachige Gebiet anwendbaren Gesetzgebung.

Abschnitt III. — Hilfen im Rahmen einer Unterbringung, der Frühhilfe oder der Begleitung

Art. 6 - Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die von der anderen Vertragspartei beschlossenen Unterbringungen in den von ihr anerkannten Einrichtungen und Diensten zu akzeptieren. Sie verpflichtet sich ebenfalls, den Zugang zu den Frühhilfe- und Begleitdiensten nach den gleichen Prinzipien zu erlauben. Die andere Vertragspartei erstattet der einen die im Rahmen der Unterbringung sowie die sich aus dem Zugang zu den Frühhilfe- oder Begleitdiensten gewährten Hilfen.

Die Erstattung der in Artikel 3 Nr. 5 erwähnten Hilfen erfolgt aufgrund der auf die Einrichtung oder auf den von ihr abhängenden Dienst anwendbaren Gesetzgebung.

Die Erstattung der in Artikel 3 Nr. 6 erwähnten Hilfen erfolgt aufgrund eines Durchschnittspreises pro Person, der pro Trimester berechnet und ermittelt wird, indem man die Funktions- und Personalkosten durch die Anzahl Personen teilt, die während desselben Zeitraumes Zugang zu diesen Diensten hatten.

Zu diesem Zweck übermittelt jede Vertragspartei der anderen eine Aufstellung mit den am Ende des Trimesters geschuldeten Beträgen.

Jede Vertragspartei prüft in ihrem Gebiet die Unterbringungsmodalitäten; sie verpflichtet sich, die andere Vertragspartei über jedes Problem in Zusammenhang mit einer von der anderen Vertragspartei vorgenommenen Unterbringung zu informieren.

KAPITEL III. — Kooperation

Art. 7 - Es wird ein paritätisch besetzter, sechs Mitglieder zählender Kooperationsausschuß eingesetzt; pro Regierung werden jeweils drei Mitglieder benannt, von denen mindestens eines leitender Beamter der Behinderten-einrichtungen und eines Vertreter des für die Behindertenpolitik zuständigen Ministers sein muß.

Dieser Ausschuß ist damit beauftragt, die Anwendung des vorliegenden Kooperationsabkommens zu überwachen.

Er gibt sich eine innere Geschäftsordnung und legt sie den Ministern zur Billigung vor.

Art. 8 - Die zuständigen Institutionen oder Verwaltungen informieren sich gegenseitig über die Anträge auf Beteiligung, die eine Beteiligung aufgrund des vorliegenden Kooperationsabkommens zur Folge haben könnten.

Art. 9 - Der Kooperationsausschuß ist damit beauftragt, zu überwachen, daß die Aufnahme von Personen mit Behinderung aus dem Befugnisbereich der einen Vertragspartei in ein Zentrum, einen Dienst oder eine Einrichtung, die in den Befugnisbereich der anderen Vertragspartei fällt, auf angebrachte Weise erfolgt und daß den Personen mit Behinderung der anderen Vertragspartei dadurch kein Schaden entsteht. Zu diesem Zweck kann eine jede Vertragspartei nach Konzertierung mit der anderen Maßnahmen ergreifen zur Wahrung der Rechte der Personen mit Behinderung, für die sie zuständig ist.

Art. 10 - Die Vertragsparteien informieren sich gegenseitig über die Maßnahmen, die sie in den verschiedenen Bereichen zugunsten der Personen mit Behinderung ergreifen.

KAPITEL IV. — Übergangsbestimmungen

Art. 11 - Jede Vertragspartei verpflichtet sich zu einer neuen Prüfung der seit dem 1. Januar 1994 eingegangenen Anträge, die Gegenstand einer Verweigerung aufgrund der von ihr verabschiedeten Bestimmungen waren und für die aufgrund des vorliegenden Kooperationsabkommens eine Übernahme erfolgen könnte.

Art. 12 - In Abweichung von Artikel 6 und in der Übergangsphase übernehmen die Vertragsparteien weiterhin die Hilfen, die sie den auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei wohnhaften Personen mit Behinderung in Einrichtungen und Diensten, die in ihren Befugnisbereich fallen, aufgrund von Beschlüssen gewähren

1. vom Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung von Behinderten aufgrund des Gesetzes vom 16. April 1963 bezüglich der sozialen Wiedereingliederung von Behinderten und seiner Ausführungserlasse;

2. vom Gemeinschaftsfonds für die soziale und berufliche Integration von Behinderten im Rahmen eines Verfahrens zur sozialen Wiedereingliederung, das aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes vom 16. April 1963 bezüglich der sozialen Wiedereingliederung von Behinderten und seiner Ausführungserlasse festgelegt wurde, und die vor dem 1. Januar 1995 getroffen wurden;

3. von den Provinzgouverneuren bezüglich der Unterbringung von Personen mit einer Behinderung in einer Einrichtung, die in Artikel 3 § 1 des Königlichen Erlasses Nr. 81 vom 10. November 1967 zur Schaffung eines Fonds für die medizinische, soziale und pädagogische Betreuung von Personen mit Behinderung erwähnt wird, und die gefaßt wurden aufgrund von vor dem 1. Januar 1995 eingereichten Anträgen;

4. von der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung und für die besondere soziale Fürsorge entweder aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes vom 16. April 1963 bezüglich der sozialen Wiedereingliederung von Behinderten und seiner Ausführungserlasse oder aufgrund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung der obenerwähnten Dienststelle.

Diese Übernahme erfolgt, solange der ihr zugrunde liegende Beschluß Gültigkeit hat oder nicht angepaßt wird.

Art. 13 - Vorliegendes Abkommen tritt nach Billigung durch die Räte der Vertragsparteien in Kraft. Jede Vertragspartei informiert die andere über diese Billigung.

Art. 14 - Die Anpassung des vorliegenden Abkommens kann von einer jeden Vertragspartei beantragt werden.

Art. 15 - Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien in bezug auf die Auslegung oder die Ausführung des vorliegenden Abkommens werden von einer Gerichtsbarkeit entschieden, vorgesehen in Artikel 92bis § 5 und § 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 der institutionellen Reformen, so wie es abgeändert wurde.

Aufgestellt zu Brüssel, am 10. April 1995 in doppelter Originalausfertigung, ein Exemplar in deutscher und ein Exemplar in französischer Sprache.

Für die Wallonische Region:

Der Minister-Präsident der Wallonischen Regierung,
R. COLLIGNON

Der Minister für die soziale Aktion, das Wohnungswesen und die Gesundheit,
W. TAMINIAUX

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
J. MARAITE

Der Minister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,
K.-H. LAMBERTZ

**Accord de coopération entre la Région wallonne et la Communauté germanophone
relatif à la prise en charge des frais de placement
et d'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées**

Vu les articles 128, 1^o, et 138 de la Constitution;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles telle que modifiée, notamment les articles 5, § 1er, II, 4^o et 92bis;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone telle que modifiée, notamment les articles 4, § 2, et 55bis;

Vu le décret II du 22 juillet 1993 attribuant l'exercice de certaines compétences de la Communauté française à la Région wallonne et à la Commission communautaire française;

Considérant que la politique des personnes handicapées relève des différents pouvoirs qui peuvent, en vertu de leurs compétences, adopter des normes et définir librement les conditions de leur intervention;

Considérant qu'il convient cependant, dans l'intérêt même des personnes handicapées de garantir à celles-ci les interventions les plus adéquates et leur libre choix motivé et justifié;

Considérant, qu'à l'heure actuelle, des personnes handicapées d'une partie contractante bénéficient de l'intervention d'établissements ou services situés sur le territoire desservi par l'autre partie contractante;

— La Région wallonne représentée par son Gouvernement en la personne de son Ministre-Président et en la personne de son Ministre ayant la politique des personnes handicapées dans ses attributions;

— La Communauté germanophone représentée en la personne de son Ministre-Président et en la personne de son Ministre ayant la politique des personnes handicapées dans ses attributions;

ont convenu ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — Dispositions générales

Article 1er. Chaque partie contractante s'engage à garantir le libre choix justifié et motivé des personnes handicapées quant aux établissements et services spécialisés pour leur octroyer des prestations.

Art. 2. Chaque partie contractante ou l'organisme délégué par elle est compétent pour statuer sur les demandes d'intervention et déterminer l'intervention la plus adéquate dans le respect du libre choix visé à l'article 1er.

Art. 3. Pour l'application du présent accord de coopération, il faut entendre par :

1^o Parties contractantes : la Région wallonne et la Communauté germanophone.

2^o Prestations : toute aide ou intervention accordée par l'une ou l'autre des parties contractantes dans le cadre de ses compétences en matière de politique des personnes handicapées.

3^o Prestations collectives : les prestations accordées à des services, centres ou institutions agréés par l'une des parties contractantes dans le cadre de l'équipement et des infrastructures à l'exception des prestations dans le cadre d'un placement tel que défini au 5^o.

4^o Prestations individuelles : les prestations accordées individuellement aux personnes handicapées à l'exclusion des prestations dans le cadre d'un accueil et d'un hébergement.

Sont visés également :

— les compléments de rémunération et les frais de déplacement des personnes handicapées dans le cadre de la formation professionnelle en centre de formation professionnelle;

— les interventions dans les salaires des personnes handicapées employées dans des entreprises publiques ou privées;

— l'allocation versée dans le cadre d'un apprentissage professionnel en entreprise ainsi que les frais de déplacement y afférents.

5^o Prestations dans le cadre d'un placement : les prestations accordées aux services, centres et institutions agréés par une des parties contractantes en vue de prendre en charge l'accueil ou l'hébergement, la mise au travail en structure protégée ou la formation professionnelle de personnes handicapées ainsi que les prestations accordées individuellement aux personnes handicapées dans le cadre d'un accueil ou d'un hébergement.

Les prestations accordées dans le cadre d'un accueil ou d'un hébergement ne comprennent pas la part contributive versée par les personnes handicapées.

Le montant de cette part contributive est fixé en vertu de la réglementation applicable au centre, service ou à l'institution d'accueil ou d'hébergement.

6^o Prestations dans le cadre de l'aide précoce et de l'accompagnement :

les prestations accordées par un service d'aide précoce ou un service d'accompagnement.

Ces prestations ne comprennent pas la part contributive versée par les personnes handicapées.

Le montant de cette part contributive est fixé en vertu de la réglementation applicable au service d'aide précoce et d'accompagnement.

CHAPITRE II. — Prises en charge des prestations

Section 1re. — Prestations individuelles

Art. 4. Chaque partie contractante prend en charge les prestations individuelles suivant les principes suivants :

— en ce qui concerne la Région wallonne, en vertu de la législation applicable sur le territoire de la région de langue française;

— en ce qui concerne la Communauté germanophone, en vertu de la législation applicable sur le territoire de la région de langue allemande.

Section 2. — Prestations collectives

Art. 5. Chaque partie contractante prend en charge les prestations collectives suivant les principes suivants :

— en ce qui concerne la Région wallonne, en vertu de la législation applicable sur le territoire de la région de langue française;

— en ce qui concerne la Communauté germanophone, en vertu de la législation applicable sur le territoire de la région de langue allemande.

Section 3. — Prestations effectuées dans le cadre d'un placement, de l'aide précoce et de l'accompagnement

Art. 6. Chaque partie contractante s'engage à accepter, dans les institutions et services agréés par elle, les placements décidés par l'autre partie contractante. Elle s'engage également à permettre l'accès aux services d'aide précoce et d'accompagnement en vertu du même principe. L'autre partie contractante rembourse à la partie contractante les prestations effectuées dans le cadre du placement ainsi que celles découlant de l'accès aux services d'aide précoce ou d'accompagnement.

Les remboursements des prestations visées à l'article 3, 5°, s'effectuent sur base de la réglementation applicable à l'institution ou service qui en dépend.

Les remboursements des prestations visées à l'article 3, 6°, s'effectuent sur base d'un prix moyen par personne calculé trimestriellement et établi en divisant le montant des frais de fonctionnement et de personnel par le nombre de personnes ayant eu accès à ces services pendant la même période.

A cette fin, chaque partie contractante adresse à l'autre un relevé des montants dus à la fin de chaque trimestre.

Chaque partie contractante contrôle les modalités du placement sur son territoire, elle s'engage à informer l'autre partie contractante de tout problème lié à un placement effectué par l'autre partie contractante.

CHAPITRE III. — Coopération

Art. 7. Il est créé une Commission de coopération composée paritairement de six membres désignés à raison de trois membres par chaque Gouvernement des parties contractantes dont au moins un fonctionnaire dirigeant des organismes compétents pour la politique des personnes handicapées et un représentant du Ministre qui a la politique des personnes handicapées dans ses attributions.

Cette commission est chargée de veiller à la bonne application du présent accord de coopération.

Elle arrête son règlement d'intérieur et le soumet pour approbation aux Ministres.

Art. 8. Les administrations ou les organismes compétents se communiquent réciproquement les demandes d'intervention susceptibles d'entraîner leur intervention sur base du présent accord de coopération.

Art. 9. La commission de coopération est chargée de veiller à ce que l'admission des personnes handicapées relevant d'une partie contractante dans un centre, service ou institution relevant de l'autre partie contractante soit réalisée de la manière la plus adéquate et ne soit pas préjudiciable aux personnes handicapées de l'autre partie contractante. A cet effet, chaque partie contractante peut, après concertation avec l'autre partie contractante, adopter des mesures visant à sauvegarder les droits des personnes handicapées relevant de sa compétence.

Art. 10. Les parties contractantes se communiquent réciproquement des informations sur les mesures qu'elles adoptent dans les différents domaines en faveur des personnes handicapées.

CHAPITRE IV. — Dispositions transitoires

Art. 11. Chaque partie contractante s'engage à procéder au réexamen des demandes introduites depuis le 1er janvier 1994, ayant fait l'objet d'un refus sur base des dispositions adoptées par elle et susceptibles d'être prise en charge sur base du présent accord de coopération.

Art. 12. Par dérogation à l'article 6 et à titre transitoire, les parties contractantes continuent à prendre en charge les prestations qu'elles accordent à des personnes handicapées domiciliées sur le territoire de l'autre partie contractante dans des institutions et services situés sur le territoire relevant de sa compétence.

1° en vertu des décisions prises par le Fonds national de Reclassement social des personnes handicapées sur base de la loi du 16 avril 1963 relative au reclassement social des handicapés et de ses arrêtés d'exécution;

2° en vertu des décisions prises par le Fonds communautaire pour l'Intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées qui sont antérieures au 1er janvier 1995 et qui ont été prises dans le cadre d'une procédure de reclassement social établie sur base des dispositions de la loi du 16 avril 1963 relative au reclassement social des handicapés et de ses arrêtés d'exécution;

3° en vertu des décisions de placement de personnes handicapées dans une institution visée à l'article 3, § 1 de l'arrêté royal n° 81 du 10 novembre 1967 créant un Fonds de Soins médico-socio-pédagogique pour handicapés, et qui ont été prises en la matière en vertu des demandes introduites avant le 1er janvier 1995 par les gouverneurs de province.

4° en vertu des décisions prises par l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale soit en vertu des dispositions de la loi du 16 avril 1963 relative au reclassement social des personnes handicapées et de ses arrêtés d'exécution soit en vertu du décret du 19 juin 1990 portant création de l'Office susvisé.

Cette prise en charge est maintenue tant que la décision qui la fonde reste en vigueur ou n'est pas revue.

Art. 13. Le présent accord entre en vigueur dès son approbation par les Conseils des parties contractantes. Chaque partie contractante informe l'autre partie contractante de cette approbation.

Art. 14. La révision du présent accord pourra être demandée par chacune des parties contractantes.

Art. 15. Les litiges qui surgissent entre les parties contractantes à propos de l'interprétation ou de l'exécution du présent accord sont tranchés par une juridiction, telle que visée à l'article 92bis, §§ 5 et 6 de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980 telle que modifiée.

Bruxelles le 10 avril 1995, en deux exemplaires originaux dont un en langue française et un en langue allemande.

Pour la Région wallonne :

Le Ministre-Président du Gouvernement wallon,
R. COLLIGNON

Le Ministre de l'Action sociale, du Logement et de la Santé,
W. TAMINIAUX

Pour la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
J. MARAITE

Le Ministre chargé des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés,
de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,
K.-H. LAMBERTZ

ANDERE BESLUITEN — AUTRES ARRETES

MINISTERIE VAN JUSTITIE

[S - C - 9687]

Bestuur strafinrichtingen. — Nationale Orden

Bij koninklijke besluiten van 4 augustus 1996 zijn benoemd :

Tot Ridder in de Leopoldsorde :

De heren :

Callewaert, André, aalmoezenier bij het penitentiair complex te Brugge (8.4.1994);

Delfortrie, Jacques, geneesheer bij de gevangenis te Verviers (15.11.93);

Lejeune, Maurice, aalmoezenier bij de gevangenis te Doornik (15.11.1993);

Pandelaers, André, directeur 2e klasse bij de strafinrichting te Merksplas (15.11.1993);

Peeters, Josephus, bestuurschef bij de gevangenis te Turnhout (15.11.1993);

Rivière, José, geneesheer bij de gevangenis te Doornik (8.4.1994);

Snels, Jan, bestuurschef bij de Rijksweldadigheidskolonie te Wortel (15.11.1994);

Stas, Luc, directeur 2e klasse bij het penitentiair complex te Brugge (15.11.1994);

Verschuieren, Guido, directeur 2e klasse bij de centrale gevangenis te Leuven (8.4.1994).

Zij zullen het burgerlijk ereteken dragen.

Zij nemen vanaf de datum tegenover hun naam vermeld hun rang in de Orde in.

Tot Ridder in de Kroonorde :

De heren :

Boxus, Pierre, geneesheer bij het penitentiair schoolcentrum te Marneffe (8.4.1994);

Nolens, Jean-Pierre, geneesheer bij de gevangenis te Hasselt (8.4.1994);

Saelens, Christiaan, aalmoezenier bij het penitentiair complex te Brugge (8.4.1994);

Thone, Willy, bestuurschef bij de strafinrichting te Merksplas (8.4.1994).

De Gouden Palmen der Kroonorde zijn verleend aan :

De heren :

Bluekens, Ludovicus, gepensioneerd kwartierchef bij de strafinrichting te Merksplas (8.4.1994);

Gilissen, Jean, gepensioneerd eerstaanwezend bewaarder bij de gevangenis te Vorst (8.4.1994);

MINISTERE DE LA JUSTICE

[S - C - 9687]

Administration des établissements pénitentiaires Ordres nationaux

Par arrêtés royaux du 4 août 1996 sont nommés :

Chevalier de l'Ordre de Léopold :

MM. :

Callewaert, André, aumônier au complexe pénitentiaire de Bruges (8.4.1994);

Delfortrie, Jacques, médecin à la prison de Verviers (15.11.93);

Lejeune, Maurice, aumônier à la prison de Tournai (15.11.1993);

Pandelaers, André, directeur de 2e classe à l'établissement pénitentiaire de Merksplas (15.11.1993);

Peeters, Josephus, chef administratif à la prison de Turnhout (15.11.1993);

Rivière, José, médecin à la prison de Tournai (8.4.1994);

Snels, Jan, chef administratif à la colonie de bienfaisance de l'Etat de Wortel (15.11.1994);

Stas, Luc, directeur de 2e classe au complexe pénitentiaire de Bruges (15.11.1994);

Verschuieren, Guido, directeur de 2e classe à la prison centrale de Louvain (8.4.1994).

Ils porteront la décoration civile.

Ils prennent rang dans l'Ordre à la date indiquée en regard de leur nom.

Chevalier de l'Ordre de la Couronne :

MM. :

Boxus, Pierre, médecin au centre pénitentiaire école de Marneffe (8.4.1994);

Nolens, Jean-Pierre, médecin à la prison de Hasselt (8.4.1994);

Saelens, Christiaan, aumônier au complexe pénitentiaire de Bruges (8.4.1994);

Thone, Willy, chef administratif à l'établissement pénitentiaire de Merksplas (8.4.1994).

Les Palmes d'Or de l'Ordre de la Couronne sont décernées à :

MM. :

Bluekens, Ludovicus, chef de quartier pensionné à l'établissement pénitentiaire de Merksplas (8.4.1994);

Gilissen, Jean, surveillant principal pensionné à la prison de Forest (8.4.1994);